

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 33/39
Telex: 8 68 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB zur notwendigen Ver-
knüpfung von deutscher und
europäischer Einigung: Eine
Warnung vor Entkoppelung.
Seite 1

Harald B. Schäfer MdB zur
Verabschiedung des Gesetzes
zur Bekämpfung der Umwelt-
kriminalität vor zehn Jahren:
Umweltvergehen sind keine
Kavaliersdelikte.
Seite 3

Dokumentation:

Horst Niggemeier, Mitglied des
Bundestagsausschusses für
Innerdeutsche Beziehungen,
hat die Bundesministerin für
Innerdeutsche Beziehungen,
Dr. Dorothee Wilms aufgefor-
dert, die SPD verleumdende
Äußerungen eines Funktio-
nars der DDR-CDU, die in
ihrem Beisein erfolgten, zu
korrigieren.
Seite 5

45. Jahrgang / 31

13. Februar 1990

Eine Warnung vor Entkoppelung

Zur notwendigen Verknüpfung von deutscher und europäischer
Einigung

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
SPD-Präsidiumsmitglied

I.
Eine Welle nationaler Hysterie erfaßt augenblicklich manche Poli-
tiker in der Bundesrepublik. Emotion ist wichtig in der Politik, aber sie
darf nicht vergessen lassen, was zu den Bedingungen vernünftiger deut-
scher Politikgestaltung gehört. Und das heißt für uns: Den Prozeß der
staatlichen Einheit der Deutschen parallel zur Europäischen Einheit
und Einbindung zu vollziehen. Eine Entkoppelung ist falsch und ge-
fährlich. Die Empfindungen unserer Nachbarn in Ost und West sind
das eine. Genauso wichtig ist, daß wir nicht vergessen dürfen, was wir
alle doch seit mindestens 20 Jahren gelernt haben: Daß der National-
staat weder ökonomisch, noch ökologisch, noch kulturell mehr souve-
rän ist. Daß also kein Weg zum Nationalstaat alter Prägung zurück-
führt. Wer das vergißt, richtet Schaden in der Politik an. Diese Bot-
schaft Oskar Lafontaines auf dem Berliner SPD-Bundesparteitag hat
nichts an Aktualität verloren.

II.

Wenn wir also die Begriffe „Europäische Einheit“ und europäische
Einbindung ernst nehmen, dann muß die deutsche Politik auf zwei
Ebenen schnell und entschlossen europäisch handeln:

- Die Einbeziehung der DDR in die Europäische Gemeinschaft
muß so schnell und praktisch vorbereitet werden wie jetzt Schrit-
te der praktischen Einheit zwischen den Deutschen unternom-
men werden.
- Die staatliche Einheit der Deutschen kann in ihrer letzten Stufe
erst dann vollendet werden, wenn ein Europäisches Sicherheits-
system die Militärblöcke auf - und ablöst. Deshalb müssen so
schnell und praktisch Schritte zur Einberufung einer Konferenz
aller KSZE-Teilnehmerstaaten ergriffen werden wie augenblick-
lich Schritte zur praktischen Einheit Deutschlands erfolgen.
Ziel dieser Konferenz muß die schnelle Erarbeitung eines Eu-
ropäischen Sicherheitssystems und einer „Europäischen Schluß-
akte“ sein, mit der die Vorrechte der Vier Mächte abgelöst wer-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Unigreen
mit verbodenen Bleistift
Recycling-Papier



den. Bei dieser Kursbestimmung geht es mir weniger um Rücksicht auf die europäischen Nachbarn - auch sie ist wichtig - es geht mir vor allem um folgendes: Es wäre doch paradox, wenn das Ergebnis der demokratischen Revolution in Ost- und Mitteleuropa, wenn das Ergebnis des Zerfalles des Warschauer Paktes und der Aufgabe der Vormachtstellung der Sowjetunion in Osteuropa auf der westlichen Seite das Fortbestehen der NATO - in alter, veränderter oder neuer Form - und das Fortbestehen der Vormacht der USA in der Bundesrepublik und in Westeuropa wäre!

III.

Einbeziehung der DDR in die EG muß aus meiner Sicht heißen: Eine EG-Vertragsänderung schnell vorbereiten, bei der das Gebiet der Europäischen Gemeinschaft entsprechend erweitert wird und Verhandlungen vorbereiten, bei denen die schrittweise Integration der DDR in die Europäische Gemeinschaft das Ziel ist. Hier müssen für die Anwendung des EG-Rechtes ähnliche Übergangsfristen und Ausnahmen zugunsten der DDR ausgehandelt werden wie sie zum Beispiel beim spanischen oder portugiesischen EG-Beitritt erfolgten. Die Verhandlungen müssen aber - anders als in den genannten Fällen - schnell zu Ergebnissen führen. Gleichzeitig müssen alle Westeuropäer die praktischen Schritte zur Assoziation und zu einem möglichen EG-Beitritt der anderen osteuropäischen Länder unterstützen.

IV.

Volle staatliche Einheit der Deutschen erst bei Auflösung der Militärblöcke und bei Verwirklichung eines Europäischen Sicherheitssystems heißt aus meiner Sicht, alle „Zwischenvorschläge“ abzulehnen wie sie zum Beispiel von Außenminister Genscher in die Diskussion gebracht worden sind. Ihnen ist allen eines gemein: Sie entkoppeln die Schritte zur deutschen Einheit und die zur europäischen Einbindung und stellen deshalb eine falsche Orientierung dar. Außerdem bedeuten sie alle eine faktische Stärkung der NATO gegenüber den Osteuropäern.

Meine Orientierung ist: Parallel zur Auflösung des Warschauer Paktes Schritte zur Auflösung der NATO vorzubereiten und damit auch den Abzug der US-Truppen aus der Bundesrepublik und aus Westeuropa einzufordern.

Wer von unseren europäischen Nachbarn die US-Truppen dennoch gerne in Europa behalten will, möge sein Territorium für eine derartige Stationierung zur Verfügung stellen. Akzeptable Zwischenlösungen könnten meines Erachtens höchstens darin bestehen, daß vom Boden beider deutscher Staaten die ausländischen Truppen zurückgezogen werden, die DDR aus dem Warschauer Pakt ausscheidet, die Bundesrepublik nur noch in der politischen Struktur der NATO verbleibt und Bundeswehr und NVA auf ein militärisches Selbstschutzzpotential reduziert werden.

V.

Am Ende dieser praktischen Schritte zur Verwirklichung der deutschen und der europäischen Einheit wird dann - nach einem Prozeß, der gut acht bis zehn Jahre dauern kann, die volle staatliche Einheit in einem föderativ organisierten Europa stehen. Ein Europa, in dem die Nationalstaaten Teile ihrer nationalen Souveränität, sei es in sicherheitspolitischer, sei es in ökonomischer Hinsicht an eine gesamteuropäische Föderation abgegeben haben. Auch wenn die Deutschen heute beschließen die deutsche Einheit zu verwirklichen, wird der Prozeß der Angleichung Jahre dauern. Für das kleine Saarland dauerte er - unter völlig anderen Bedingungen - schon fünf Jahre. Deshalb ist es realistisch, daß europäische Einigung und deutsche Einheit parallel verwirklicht werden. Es macht also keinen Sinn, die beiden Prozesse zu entkoppeln. Wer es dennoch tut, erreicht lediglich eines: Er trägt dazu bei, Ängste zu schüren, bei manchen in unserem Land und bei vielen außerhalb.

(-/13.2.1990/rs/fr)

* * *

Umweltvergehen sind keine Kavaliersdelikte

Zur Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität vor zehn Jahren

Von Harald B. Schäfer MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Der Lebensraum und die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen - und zwar sowohl des einzelnen Menschen, als auch der gesamten Bevölkerung - verdienen strafrechtlichen Schutz“, hieß es in der Begründung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität, den die Bundesregierung unter Federführung von Justizminister Hans-Jochen Vogel Ende 1978 dem Bundestag vorlegte. In diesen Tagen jährt sich die Verabschiedung dieser Strafrechtsverschärfungen zum zehnten Male. Mit der Novelle wurden die wichtigsten Tatbestände zum Schutz der Umwelt erstmals in einem eigenen Abschnitt des Strafgesetzbuches zusammengefaßt. Der strafrechtliche Schutz ökologisch wertvoller Güter wie Wasser, Luft und Boden erfuhr eine wesentliche Verstärkung. „Dem Umweltschutz wird nunmehr im Strafgesetzbuch der Stellenwert zuerkannt, der für den Bereich individualrechtlicher Güter wie Leben, Gesundheit, Eigentum und Vermögen seit langem selbstverständlich ist“, schrieb Hans-Jochen Vogel hierzu.

Nach zehn Jahren ist es nun Zeit, Bilanz zu ziehen. Zurückblickend läßt sich feststellen, daß das Änderungsgesetz von 1980 einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer angemessenen Ahndung von Umweltverletzungen gebildet hat. Beigetragen hat es vor allem dazu, das Bewußtsein der Öffentlichkeit dafür zu schärfen, wie sozialschädlich Umweltbelastungen sind. Die praktische Umsetzung der Vorschriften durch Justiz und Verwaltung hat hingegen zu wünschen übriggelassen. Auch heute noch endet der größte Teil der eingeleiteten Umweltstrafverfahren mit Verfahrenseinstellung, sei es, weil die Tat als geringfügig bewertet wird, sei es, weil sie sich nicht mit der notwendigen Gewißheit nachweisen läßt. Das Risiko, wegen eines Umweldeliktbes bestraft zu werden, ist noch immer nicht besonders hoch. Und bei den tatsächlich erfolgenden Verurteilungen verhängen die Gerichte zu über 95 Prozent Geldstrafen. Man muß bezweifeln, ob hiermit Abschreckungseffekte zu erzielen sind.

Nun kann es nicht unser Ziel sein, den Autofahrer, der seinen Wagen in freier Natur wäscht, oder den Spaziergänger, der eine Plastiktüte mit Abfällen im Wald zurückläßt, hinter Gitter zu bringen. Empfindliche Bußgelder sind in solchen Fällen die richtige Reaktion. Auch im Bereich des Umweltschutzes muß das Strafrecht als schärfstes Sanktionsmittel, das dem Staat zur Verfügung steht,

zurückhaltend eingesetzt werden. Bei den „großen Fischen“, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen aus Verantwortungslosigkeit und purem Gewinnstreben nachhaltig schädigen, muß jedoch hart durchgegriffen werden. Wenn sich ein Chemiewerk giftiger Stoffe einfach dadurch entledigt, daß es sie in einen Fluß einleitet, oder wenn eine Fabrik quecksilberhaltige Produktionsabfälle über Jahrzehnte hinweg unsachgemäß lagert und diese den Boden vergiften, so dürfen die Verantwortlichen nicht billig davonkommen, auch wenn sie nicht dem harkömmlichen Typ des Kriminellen entsprechen. Nur wenn in solchen Fällen drastische Strafen verhängt werden, kann dies andere potentielle Täter von Umweltverletzungen abhalten. Und es muß ausgeschlossen werden, daß die Drahtzieher mit der Ausrede davonkommen, nicht sie selbst, sondern eine ihrer Bediensteten habe letztlich den Hahn aufgedreht. Umweltkriminalität ist eine Form der Wirtschaftskriminalität und muß auch wie diese geahndet werden.

Um dies sicherzustellen, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf erarbeitet, durch den die mittlerweile zutage getretenen Schwachstellen des Umweltstrafrechtes ausgeräumt werden sollen. Die Bundesregierung hat trotz ihres Eingeständnisses, daß im Umweltstrafrecht Handlungsbedarf besteht, über Jahre hinweg keinen zwischen den zuständigen Ministerien abgestimmten Gesetzentwurf zustande gebracht.

Uns geht es darum, auf der einen Seite Bagatellen aus dem strafrechtlichen Bereich herauszunehmen, damit sich Polizei und Staatsanwaltschaft auf die Verfolgung gravierender Umweltschädigungen und -gefährdungen konzentrieren können. Für solche Taten muß der Strafrahmen erhöht werden. Wir wollen außerdem die Strafvorschriften über die Luftverunreinigung, die Lärmentwicklung und das unerlaubte Betreiben von Anlagen erweitern. Ein eigenständiger Bodenschutztatbestand und ein Straftatbestand gegen den umweltgefährdenden Umgang mit gefährlichen Gütern sollen neu eingeführt werden. Die Abhängigkeit, der Umweltstraftatbestände vom Verwaltungsrecht muß gelockert und die Strafbarkeit von beteiligten Amtsträgern ausdrücklich geregelt werden. Und schließlich wollen wir den Durchgriff in der betrieblichen Hierarchie und die Abschöpfung der durch die Tat erzielten wirtschaftlichen Vorteile erleichtern. Wir sind überzeugt, daß durch diese Änderungen ein wichtiger Beitrag zu einem besseren Schutz der Umwelt geleistet wird. Umweltkriminalität darf sich nicht lohnen!

(-/13.2.1990/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Niggemeier-Brief an Ministerin Wilms: Geschichtsverfälschungen entgegentreten

Der Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, hat die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Dorothee Wilms aufgefordert, die SPD verleumdenden Äußerungen eines Funktionärs der DDR-CDU, die in ihrem Beisein erfolgten, zu korrigieren. Niggemeiers Brief im Wortlaut:

Sehr verehrte Frau Ministerin Wilms,

die DDR-Nachrichtenagentur ADN verbreitete am 7. Februar 1990 eine ausführliche Meldung über Ihre Teilnahme an einer CDU-Wahlveranstaltung in Hagenow (Bezirk Schwerin).

In dieser ADN-Meldung befindet sich unter anderem auch die nachfolgende Passage:

„Dr. Lothar Moritz, Vorsitzender des CDU-Bezirksvorstandes Schwerin, ging auf die nach seinen Worten ‚verbrecherische Politik der SED‘ und die ‚gar nicht so weiße Weste der SPD‘ ein. Er unterstrich die Freiwilligkeit der Vereinigung zur SED, die 1946 von der SPD vorgenommen worden sei. Die CDU habe dem Druck der SED wesentlich länger Widerstand geleistet.“

Aus der ADN-Meldung geht leider nicht hervor, ob Sie sich zu dieser die deutsche Sozialdemokratie verleumdenden und geschichtsverfälschenden Darstellung eines Funktionärs Ihres neuen Bündnispartners DDR-CDU korrigierend geäußert haben.

Ungeachtet dessen meine ich, daß wir Demokraten in der Bundesrepublik die zwingende Verpflichtung haben, den damaligen verzweifelten Kampf aller Demokraten in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) für Freiheit und Demokratie und gegen den von sowjetischen Bajonetten gestützten Kommunismus der Pieck, Ulbricht und Co. nicht entwürdigen zu lassen. Das gilt nicht nur für die der besonderen Verfolgung durch die Kommunisten ausgesetzten Sozialdemokraten in der SBZ und Ost-Berlin, sondern auch für so bekannte Christdemokraten, wie Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und andere. Die demokratische Integrität all dieser Frauen und Männer, die im Widerstand gegen den kommunistischen Machtanspruch standen, sollte für uns Demokraten über jeden Zweifel erhaben sein.

In dem vorliegenden Fall hat der Schweriner CDU-Bezirksvorsitzende, Dr. Lothar Moritz, durch seine Bemerkungen über die SPD jedoch nicht nur die Grenzen des politischen Anstands weit hinter sich

gelassen, sondern sich auch einer ungeheuerlichen und den sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ beleidigenden Geschichtsverfälschung schuldig gemacht.

Wer, wie Herr Moritz, der SPD die Freiwilligkeit bei der Vereinigung zur SED im Jahre 1946 nachsagt, leugnet das historische Faktum der damaligen Zwangsvereinigung und den Kampf der Sozialdemokraten in Ost und West gegen die Errichtung der kommunistischen Parteidiktatur

Ich will Sie nicht für diesen skandalösen Vorgang in Hagenow in Anspruch nehmen, aber es scheint mir zumutbar zu sein, Sie zu bitten, Ihren Parteifreund in der Ost-CDU mit den historischen Fakten bekanntzumachen.

Deshalb übersende ich Ihnen zwei gerade in diesen Tagen herausgegebene Broschüren des „Franz-Neumann-Archiv e.V. Berlin“ und der „Kurt-Schumacher-Gesellschaft“, die sich beide mit der Verfolgung der Sozialdemokratie in der SBZ anhand von Dokumenten befassen. Sicher wird es Ihnen möglich sein, diese Broschüren dem CDU-Bezirksvorsitzenden, Dr. Moritz, in Schwerin an die Hand zu geben. Es könnte dann möglicherweise verhindert werden, daß sich der Wahlkampf hüben wie drüben im politischen Schmutz der Gasse abspielt. Ein Beitrag zur politischen Sauberkeit sind die beklagenswerten Äußerungen des Herrn Moritz jedenfalls nicht gewesen.

Wenn Sie - wie ADN berichtet hat - in Hagenow geäußert haben, daß es jetzt gelte, „ein Stück Nachkriegsgeschichte aufzuarbeiten“, dann gehört dazu auch die Verfolgung der Sozialdemokratie in der SBZ durch die Kommunisten, von denen Kurt Schumacher einmal im 1. Deutschen Bundestag gesagt hat, daß sie „rotlackierte Nazis“ seien.

Indem ich wegen der besonderen Bedeutung des Vorgangs hoffe, Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch genommen zu haben, bin ich

mit freundlichen Grüßen
gez. Horst Niggemeier